

Nachdem die Vorsitzende die anwesenden Kinder und Jugendliche besonders begrüßt hatte, dankte Herr Liedtke allen am bisherigen Partizipationsprozess Beteiligten und erläuterte daran anschließend die Vorlage der Verwaltung.

Auch Herr Radke sprach seinen Dank allen Mitarbeiter/innen an dem Projekt aus und schloss sich der Vorlage der Verwaltung an mit der Bitte, den vorliegenden Beschlussvorschlag um einen 5. Punkt zu erweitern:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Frage der Finanzierung durch Drittmittel (für Investitionen und Betriebskosten) z. B. aus den Bereichen Inklusion, interkulturelle Arbeit und gender mainstreaming zu prüfen“.

Herr Knülle führte aus, dass die durchgeführte Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zwar deutliche Ergebnisse gebracht hätte, aber die Auswertung nach seiner Auffassung ergeben hätte, dass die bestehenden Angebote sowohl an dezentralen als auch zentralen Standorten verstärkt werden müssten. Der vorliegende Verwaltungsvorschlag erhalte zwar den Status quo, die Anforderungen und besonderen Wünsche der Jugendlichen, auch an die Politik, müssten noch innovativ umgesetzt werden. Die Bereitstellung der dafür notwendigen Investitionsmittel müsse, bei der angespannten Haushaltslage, auch die Akquirierung von Drittmitteln beinhalten. Zur Vermeidung von Stillstand müssten neue Wege eingeschlagen werden, auch unter Einbeziehung der Möglichkeiten durch den Umbau des Zentrums West.

Frau Silber-Bonz hob den intensiven Beratungsprozess hervor und erklärte aufgrund dieser vorliegenden Ergebnisse ihre Unterstützung des Verwaltungsvorschlages.

Da die Diskussionen im Unterausschuss eine klare Linie vermissen ließe und um weitere Ideen nach neuen Konzeptionen für die Neuplanung des Jugendzentrums allen Bereichen zu ermöglichen, legte Herr Körber für den Stadtjugendring dem Ausschuss den als Anlage zu dieser Niederschrift beigefügten Beschlussvorschlag vor.

Herr Misch kritisierte die bisherige Vorgehensweise um die Neuplanung des Jugendzentrums und dass z. B. im Diskussionsprozess die Berücksichtigung der Anforderungen aus den Sozialräumen ebenso fehlten wie Einbeziehung der Veränderungen durch die Nachmittagsbetreuung an Schulen.

Nachfolgend wies Frau Clauß auf die bisher geleistete Arbeit der Verwaltung unter Einbeziehung der Kinder- und Jugendförderpläne hin, bauliche und Partizipationsvorschläge zur adäquaten Angebotsgestaltung seien erarbeitet worden. Weitergehende Prüfaufträge könnten jederzeit erteilt werden, jedoch sollte hierbei berücksichtigt werden, dass darüber Zeit vergehe, die die Nutzungseinschränkungen nicht verändere. Man dürfe auch nicht unbeachtet lassen, dass bei spürbarem Zaudern der geplanten Umsetzung der Pläne die Akquise von Drittmitteln erschwert würde.

In der weiter sehr kontrovers geführten Diskussion, an der sich auf der Seite der Befürworter der Verwaltungsvorlage zusätzlich Herr Schell, Frau Schulenburg und Frau Zoll beteiligten, schloss sich Herr Waldästl der bereits geäußerten Kritik an der Vorlage der Verwaltung an und unterstrich seine Unterstützung des Beschlussvorschlages des Stadtjugendrings. Dies bedeute ein „Ja“ zum Standort Bonner Straße und ein „Ja“ zu neuen Konzeptionen für das Jugendzentrum. Bei einer daraus folgenden sorgfältigen Akquirierung der erforderlichen Drittmittel könne – auch

dann nach Vorlage des Haushaltes – in 6 - 9 Monaten ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Herr Liedtke erklärte zu der von Herrn Misch geäußerten Kritik an den Nutzungsänderungen der Räumlichkeiten, z. B. des Mädchenraumes, dass hier keine Konzeptionsveränderung vorgenommen worden sei, sondern dass die geänderte Belegung dieses Raumes (zur Zeit Verwaltungsbüro des Fördervereins) nur erfolgt sei, um einen Leerstand zu vermeiden. Die pädagogische Nutzung sei aus bekannten Gründen nicht mehr realisierbar gewesen.

Breite Unterstützung fanden die Ausführungen von Herrn Steffens vom Jugendstadtrat, der ausdrücklich hervorhob, dass man in den Bemühungen um die Umsetzung der Wünsche der Kinder und Jugendlichen nicht nachlassen dürfe, der Standort des Jugendzentrums sei o. k., die geplante Nutzung sei o. k., die Erreichbarkeit sei o. k. und an der endgültigen Umsetzung des Raumkonzeptes könnten durch weitere Mitarbeit noch Änderungen erreicht werden. Man solle und dürfe keine Fehlinterpretationen an den Aussagen der Kinder und Jugendlichen zulassen.

Nachdem das Für und Wider der Umsetzung des Partizipationsprozesses, ergänzt durch Wortbeiträge von Frau Mölders und Herrn Falk und auch durch das wiederholte Einbringen bekannter Argumente weiter konträr erörtert wurde und kein Konsens herbeigeführt werden konnte, bat Herr Knülle um eine Sitzungsunterbrechung.

Von 21.10 Uhr bis 21.20 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen.

Herr Knülle führte dann aus, dass die Beratungen zu dem Ergebnis geführt hätten, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung, ergänzt um den Punkt 5 der CDU-Fraktion von seiner Fraktion und der freien Träger mitgetragen werden könne, wenn noch ein Punkt 6 hinzugefügt werde. Der Beschlussvorschlag des Stadtjugendrings sei nicht mehr Gegenstand der Diskussion. Herr Falk trug die beantragte Ergänzung vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Hintergrund der Ergebnisse des Partizipationsprozesses weitere konzeptionelle Überlegungen mit einzubeziehen und die Möglichkeit von weiteren Projektrealisierungen zu überprüfen.“

Herr Radke erklärte, diesen letzten Punkt für seine Fraktion abzulehnen.

Herr Lübken schlug vor, die einzelnen Vorschläge en block zu entscheiden, einmal den Vorschlag der Verwaltung (Punkt 1-4), einmal Punkt 5 und einmal Punkt 6.

Herr Waldästl beantragte zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgende Beschlüsse: